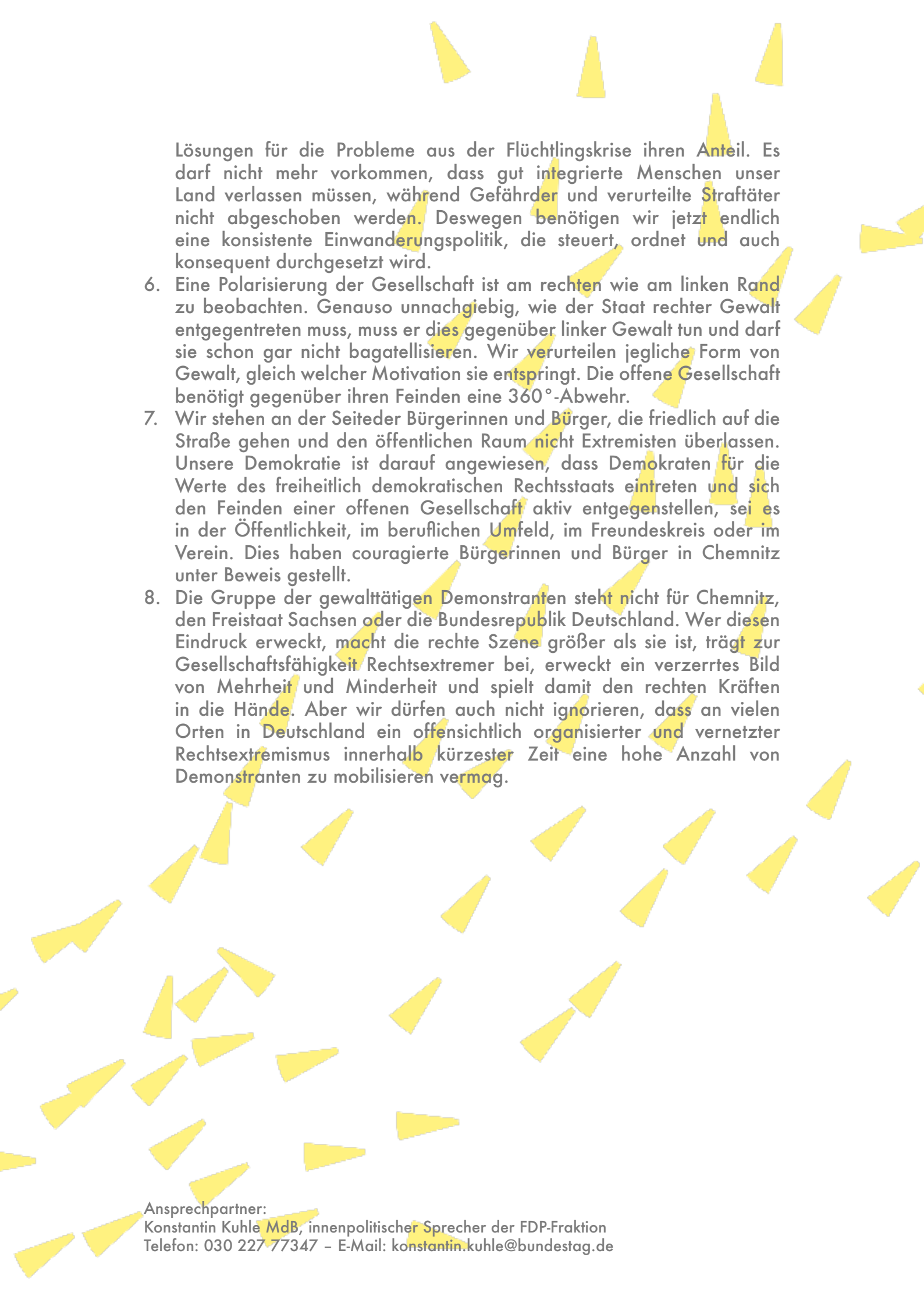


Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

**Rechtsstaat stärken, Liberalität bewahren
– Konsequenzen aus Chemnitz**

1. Die Fraktion der Freien Demokraten trauert um das Mordopfer von Chemnitz, denkt an die Verletzten und fordert eine konsequente Verfolgung der Täter.
2. Die Ereignisse von Chemnitz verurteilen wir aufs Schärfste. Die Eskalation der Gewalt muss jede und jeden erschrecken, der die Sorge um eine offene Gesellschaft und um die Akzeptanz eines freiheitlichen Rechtsstaats teilt. In einer demokratischen Gesellschaft haben Hetze, Gewalt und Einschüchterung keinen Platz. Aus diesem Grunde erwarten wir von allen demokratischen Kräften in Politik und Gesellschaft eine unmissverständliche Verurteilung der Ausschreitungen von Chemnitz. Wer sich Gewalt bedient, stellt sich außerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.
3. Unser Staat muss in der Lage sein, sein Gewaltmonopol durchzusetzen – jederzeit und überall. Es handelt sich um ein Versagen des Staates, wenn es auf offener Straße zu Gewalt und zur Begehung von Straftaten kommt. Es ist aber auch ein Versagen des Staates, wenn anschließend eine Atmosphäre von Selbstjustiz um sich greifen kann. In Chemnitz waren nicht nur zu wenige Einsatzkräfte vor Ort, es wurden auch Straftaten wie etwa das Zeigen des Hitlergrußes nicht konsequent unterbunden. Der Staat darf sich an keiner Stelle aus den Strukturen, die für die Ausübung seiner Aufgaben nötig sind, zurückziehen. Die Gefahren rechtsextremen Gedankengutes sind von der sächsischen CDU seit langer Zeit unterschätzt, verharmlost und verleugnet worden.
4. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger trauen dem Rechtsstaat und den staatlichen Institutionen nicht mehr zu, für Recht und Ordnung zu sorgen. Ein Teil radikalisiert sich, und leitet daraus für sich ab, das Recht selbst in die Hand zu nehmen. Dem muss entschieden entgegen getreten werden. Andernfalls droht in der Konsequenz eine Erosion des Rechtsstaates.
5. Es kann niemals eine Rechtfertigung für Gewalt, Hetze und Straftaten geben. Für Straftaten ist niemand verantwortlich außer dem Straftäter selbst. Doch das politische Klima in Deutschland hat sich in den letzten Jahren nicht zuletzt durch die Flüchtlingskrise weiter polarisiert. Diese Polarisierung erfasst zunehmend auch Teile der Gesellschaft jenseits der extremen Rechten und Linken und gefährdet somit die Akzeptanz dringend notwendiger und qualifizierter Einwanderung in unser Land. Hieran haben auch falsche politische Entscheidungen, das Unterlassen notwendiger Entscheidungen sowie die unterbliebene Debatte über



Lösungen für die Probleme aus der Flüchtlingskrise ihren Anteil. Es darf nicht mehr vorkommen, dass gut integrierte Menschen unser Land verlassen müssen, während Gefährder und verurteilte Straftäter nicht abgeschoben werden. Deswegen benötigen wir jetzt endlich eine konsistente Einwanderungspolitik, die steuert, ordnet und auch konsequent durchgesetzt wird.

6. Eine Polarisierung der Gesellschaft ist am rechten wie am linken Rand zu beobachten. Genauso unnachgiebig, wie der Staat rechter Gewalt entgegentreten muss, muss er dies gegenüber linker Gewalt tun und darf sie schon gar nicht bagatellisieren. Wir verurteilen jegliche Form von Gewalt, gleich welcher Motivation sie entspringt. Die offene Gesellschaft benötigt gegenüber ihren Feinden eine 360°-Abwehr.
7. Wir stehen an der Seite der Bürgerinnen und Bürger, die friedlich auf die Straße gehen und den öffentlichen Raum nicht Extremisten überlassen. Unsere Demokratie ist darauf angewiesen, dass Demokraten für die Werte des freiheitlich demokratischen Rechtsstaats eintreten und sich den Feinden einer offenen Gesellschaft aktiv entgegenstellen, sei es in der Öffentlichkeit, im beruflichen Umfeld, im Freundeskreis oder im Verein. Dies haben couragierte Bürgerinnen und Bürger in Chemnitz unter Beweis gestellt.
8. Die Gruppe der gewalttätigen Demonstranten steht nicht für Chemnitz, den Freistaat Sachsen oder die Bundesrepublik Deutschland. Wer diesen Eindruck erweckt, macht die rechte Szene größer als sie ist, trägt zur Gesellschaftsfähigkeit Rechtsextremer bei, erweckt ein verzerrtes Bild von Mehrheit und Minderheit und spielt damit den rechten Kräften in die Hände. Aber wir dürfen auch nicht ignorieren, dass an vielen Orten in Deutschland ein offensichtlich organisierter und vernetzter Rechtsextremismus innerhalb kürzester Zeit eine hohe Anzahl von Demonstranten zu mobilisieren vermag.

Ansprechpartner:

Konstantin Kuhle MdB, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
Telefon: 030 227 77347 – E-Mail: konstantin.kuhle@bundestag.de